

AMNESTY INTERNATIONAL

Mexiko- und Zentralamerika-Kogruppe (CASA)

JAHRESRÜCKBLICK 2015



Mexiko- und Zentralamerika-Kogruppe (CASA)
Postfach 13 01 23, 20101 Hamburg
E-Mail: casa@amnesty-hamburg.de
<http://www.casa-amnesty.de>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Lieber Leser und liebe Leserin,

gesellschaftliche Mobilisierung zeigt immer wieder auf, wie wichtig das zivilgesellschaftliche Engagement und der Einsatz von Nichtregierungsorganisationen sind. Dies verdeutlichen beispielsweise die andauernden Proteste in Guatemala, die im Rücktritt des Präsidenten des Landes gipfelten, und die anhaltende weltweite Protestbewegung, die das gewaltsame Verschwinden der Lehramtsstudenten aus Ayotzinapa (Mexiko) Ende 2014 ausgelöst hat. Themen wie Migration und Flucht aufgrund von verheerenden Menschenrechtsverletzungen könnten in Europa aktueller nicht sein. Menschenrechtsverletzungen in Mexiko sowie den zentralamerikanischen Ländern sind häufig der Grund dafür, dass Menschen ihre Länder in Richtung USA verlassen.

Durch Ihre und eure Unterstützung kann Amnesty International Politik und Öffentlichkeit auf die prekäre Menschenrechtslage in „unserer Region“ – Mexiko und Zentralamerika – aufmerksam machen. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken!

In unserem Jahresrückblick stellen wir in kurzen Berichten unsere Aktivitäten zu den Schwerpunktländern unserer Arbeit, Mexiko, Guatemala und Honduras, vor. Wir freuen uns, dass wir unsere Netzwerk-Tätigkeit mit der Beteiligung an der Internetplattform „Gewaltsames Verschwindenlassen“ erweitern konnten. In der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko arbeiten wir mit anderen Nichtregierungsorganisationen im regelmäßigen Austausch zusammen, um die Lobbyarbeit für die Menschenrechte zu unterstützen.

Im Jahr 2015 hat es auch personelle Veränderungen gegeben. Wir danken Nadja Barrientos für ihren großen Einsatz als Kogruppen-Sprecherin und freuen uns, dass sie unserer Gruppe weiterhin als aktives Mitglied erhalten bleibt. Seit diesem Dezember sind Johanna Wild und Anna-Lena Glesinski die Sprecherinnen unserer Kogruppe.

Wir wünschen Ihnen und euch eine interessante Lektüre!

Herzliche Grüße
die Mexiko- und Zentralamerika-Kogruppe (CASA)

Hamburg, Dezember 2015

Inhalt

'Unsichtbare Opfer' – Migrantinnen und Migranten auf ihrem Weg durch Mexiko	2
Pressefreiheit in Mexiko: Der investigative Journalismus unter Beschuss	4
Die 43 verschwundenen Studenten von Ayotzinapa	5
Deutsche Waffenexporte nach Mexiko	6
Folter und Straflosigkeit in Mexiko: Versprechen nur auf dem Papier	8
Goldminen in Guatemala: Fatale Folgen für Mensch und Natur	9
Honduranischer Präsident in Hamburg	10
Die Menschenrechtslage in Honduras	10
Weitere Aktivitäten der CASA-Kogruppe	11

Fotos der Titelseite: Hauke Lorenz,
Mónica Avolio, dpa/ Mario Guzmán

MEXIKO

'Unsichtbare Opfer' – Migrantinnen und Migranten auf ihrem Weg durch Mexiko

Unsere Fotoausstellung jetzt im Hamburger Auswanderermuseum BallinStadt



Ein Sprung ins Ungewisse

Foto: Hauke Lorenz

Seit dem 4. November 2015 ist die Foto-Wander- ausstellung „Unsichtbare Opfer – Migrantinnen und Migranten auf ihrem Weg durch Mexiko“ noch einmal an einem prominenten Ort in Hamburg zu sehen: dem Auswanderermuseum BallinStadt auf der Elbinsel. Es ist die 49. Station unserer Ausstellung. Sie wird regelmäßig aktualisiert und tourt nun schon seit sechs Jahren durch die Lande.

Die Ausstellung handelt vom Schicksal von Migrantinnen und Migranten, die sich zu Zigtausenden ohne Aufenthaltspapiere auf eine lebensgefährliche Reise durch Mexiko begeben. Sie fliehen vor Armut und Unsicherheit in ihren Heimatländern in Zentralamerika und hoffen auf ein besseres Leben in den USA. Mehr als 30 Bilder, Texttafeln und ein Filmbeitrag dokumentieren den Weg dieser Menschen – von der Situation in ihren Herkunftsländern, während ihrer Reise durch Mexiko, bis hin zu ihrer Ankunft an der Nordgrenze des Landes.

Durch die derzeitige Flüchtlingswelle in Europa bekommt das Thema eine neue Aktualität. Nicht nur hier sind derzeit Politik und Gesellschaft mit enormen Flüchtlingsströmen konfrontiert. Ähnliche Bevölkerungsbewegungen sind auch jenseits

des Atlantiks bekannt und haben eine lange Tradition. Täglich springen Männer, Frauen und Kinder in Mexiko auf rollende Güterzüge auf. Sie kommen aus Guatemala, Honduras oder El Salvador und sind auf dem Weg in die USA. Viele erreichen niemals ihr Ziel. Sie werden vom Zug überrollt, unterwegs überfallen, vergewaltigt oder sogar ermordet. Neben der Bandenkriminalität sind willkürliche Verhaftungen und Erpressung durch Polizisten und andere Staatsbedienstete alltäglich. Zu den meisten dieser Missbräuche werden nie ernsthafte Ermittlungen angestellt und die Täter nur selten zur Verantwortung gezogen.



Viele Mexikaner, die entlang der Migrationsrouten leben, leisten den fliehenden Menschen humanitäre Hilfe. Ein Netzwerk von katholischen Herbergen bietet Erschöpften und Verwundeten die Möglichkeit, sich für ein paar Tage von den Strapazen zu erholen.

Foto: AI, Ricardo Ramírez Arriola

Die Sonderausstellung „Unsichtbare Opfer“ ist Teil einer internationalen Kampagne von Amnesty International gegen Entführung, Vergewaltigung, Erpressung, Verschwindenlassen sowie Mord und dokumentiert die Menschenrechtsverletzungen an Migrantinnen und Migranten in Mexiko. Da sich die mexikanischen Behörden trotz verbaler Versprechen und neuer Gesetze so gut wie nicht bewegt haben, hat Amnesty die Kampagne immer wieder verlängert.



Nordgrenze Mexiko: Am Ziel?

Foto: Karen Siu

Neuer Dokumentarfilm

Hauke Lorenz, Digital- und Videojournalist sowie Mitglied unserer Kogruppe, war im Frühjahr 2015 in Südmexiko. Sein Dokumentarfilm „Viacrucis Migrante – Kreuzweg der Migranten_innen“ (61 Min.) ist kurz vor der Fertigstellung. Er handelt von Männern, Frauen und Kindern, die vor den existentiell bedrohlichen Verhältnissen in ihren Heimatländern Honduras, El Salvador und Guatemala Richtung Norden fliehen. Sie begeben sich auf eine lebensgefährliche Reise mit ungewissem Ausgang. Kurz hinter der süd mexikanischen Grenze finden sie eine Herberge mit Menschen, die ihnen dabei helfen wollen, das Martyrium der mindestens 1.700 Kilometer langen Reise Richtung USA zu überstehen.

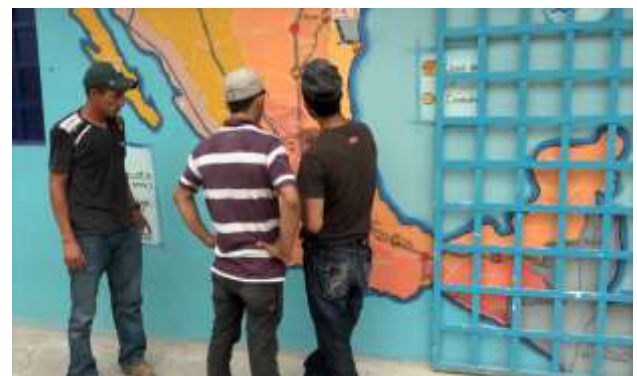
Der Film stellt die Schicksale einzelner Menschen in den Fokus: Hier kommen nicht nur junge Männer unter, die auf der Durchreise sind. Wir begegnen auch einer jungen Frau, einer Familie und einer Transgenderperson, die vor dem organisierten Verbrechen Schutz suchen. Sie alle sind sich bewusst über die Gefahren der Reise

Die Ausstellung „Unsichtbare Opfer – Migranten_innen auf ihrem Weg durch Mexiko“ ist täglich von 10 bis 15:30 Uhr kostenfrei in Haus 3 der BallinStadt zu besichtigen, fünf Minuten vom Hamburger Hauptbahnhof entfernt. Wir bieten auch Führungen an. Schulklassen sind herzlich willkommen.

Verlängert bis 19. Januar 2016!

Zuvor war die Ausstellung im vergangenen Sommer im Rahmen der Lateinamerikawochen im Stuttgarter Rathaus zu sehen. Für 2016 planen wir die 50. Station in Berlin.

und schöpfen vor allem Kraft aus ihrem Glauben, um das 'gelobte Land' zu erreichen. Menschen auf der Flucht hin zu einem, wie sie hoffen, besseren Leben: José, Noé, Alberto, Natalia, Richar, Dionicio, Carlos, Derick und Oswaldo erzählen, warum sie keine andere Wahl haben, als ihr Leben auf der Reise durch Mexiko zu riskieren.



José, Noé und Alberto informieren sich in der Migrantenherberge "La72" über die Gefahren der Reise durch Mexiko.

Foto: Hauke Lorenz

Den Trailer zu dem Dokumentarfilm „Viacrucis Migrante – Kreuzweg der Migranten_innen“ finden Sie [hier](#).

MEXIKO

Pressefreiheit in Mexiko: Der investigative Journalismus unter Beschuss

Im Austausch mit deutschen Kollegen berichtete die mexikanische Journalistin Marcela Turati von den tödlichen Gefahren, die kritischen Journalisten drohen. Die vergangenen Monate zeigten eine weitere Verschärfung der Situation im Land.

Am 29. Oktober veranstalteten wir in Zusammenarbeit mit dem *Instituto Cervantes* im Rahmen der Hamburger Lateinamerikatage 2015 ein Podiumsgespräch zum Thema „Pressefreiheit in Mexiko“ mit der Journalistin und Autorin Marcela Turati. Als Gesprächspartner begrüßten wir zudem Christian Mihr von *Reporter ohne Grenzen*, Stefan Endter vom *Deutschen Journalisten-Verband* (DJV-Hamburg) sowie als Moderator Peter Burghardt, langjähriger Lateinamerika-Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*.

Marcela Turati, die in ihren Artikeln für das mexikanische Wochenmagazin „Proceso“ sowie in eigenen Veröffentlichungen sozialen Fragestellungen und Menschenrechtsverletzungen nachgeht, erläuterte in ihrem Bericht den alarmierenden Zustand der Pressefreiheit in Mexiko.



Marcela Turati Foto: Mónica Avolio

Für den Versuch, die enge Verzahnung zwischen Politik, Wirtschaft und organisierter Kriminalität aufzudecken, riskieren mexikanische Journalisten ihr Leben.

Ende Juli waren in Mexiko-Stadt der aus

Veracruz geflüchtete Fotojournalist Rubén Espinosa, die Menschenrechtsaktivistin Nadia Vera sowie drei weitere Frauen gefoltert und hingerichtet worden. Rubén Espinosa hatte soziale Bewegungen und gewaltsame Übergriffe der Polizei dokumentiert und war aufgrund massiver Drohungen in die vermeintlich sichere Hauptstadt geflohen. Wie im Regelfall wurden auch zu diesen Morden seitens der zuständigen Behörden keine glaubhaften Ermittlungen oder Strafverfolgungen eingeleitet. Die Verantwortung dafür trägt die mexikanische Regierung, die durch tatenloses Zusehen die Straflosigkeit im Land nährt und damit Journalisten zur ungeschützten Zielscheibe Krimineller macht.

Diese Einzelfälle stehen für die in Mexiko weit verbreitete Methode, kritische Stimmen durch Tötung zum Schweigen zu bringen. Doch am Ende unserer Veranstaltung blieb Marcela Turatis klare Botschaft im Ohr: Verstummen ist keine Option.



V.l.n.r.: Stefan Endter (DJV Hamburg), Isabel Navarro (Instituto Cervantes), Marcela Turati, Peter Burkhardt (Süddeutsche Zeitung), Christian Mihr (Reporter ohne Grenzen)

Foto: Bruno Gaigl, Instituto Cervantes

Anlässlich des Mordes an Rubén Espinosa und seiner Kolleginnen versandte die Deutsche

Menschenrechtskoordination Mexiko (Amnesty-Vertreter in diesem Netzwerk ist die CASA-Kogruppe) ein [Protestschreiben](#) an mexikanische sowie deutsche Regierungsvertreter mit der Forderung, die Morde lückenlos und

transparent aufzuklären, die Täter strafrechtlich zu verfolgen sowie den höchsten Schutz für Journalisten und Menschenrechtsaktivisten zu gewährleisten.

MEXIKO

Die 43 verschwundenen Studenten von Ayotzinapa

Nahezu täglich verschwinden in Mexiko Menschen spurlos. Vielfach sind Polizisten und Militärangehörige an den Verbrechen beteiligt. Nach Informationen von Amnesty International ist die Zahl der Verschwundenen, seit Präsident Calderón im Jahr 2006 den sogenannten Drogenkrieg (spa. *guerra contra el narcotráfico*) ausrufen ließ, auf 27.000 angestiegen. Ayotzinapa ist zum Symbol für den Umgang der mexikanischen Behörden mit dem Verschwindenlassen geworden.

Die mexikanischen Behörden unternehmen wenig, um das Schicksal der verschwundenen Männer und Frauen aufzuklären, die betroffenen Familien bei der Suche nach ihren Angehörigen zu unterstützen und die Täter zu bestrafen. Im Gegenteil, häufig verhindern sie aktiv die Aufklärung der Verbrechen, wie im Fall der 43 verschwundenen Studenten von Ayotzinapa vom 26. September 2014.

Nach über einem Jahr ist dieses Verbrechen nicht aufgeklärt. Nur der unermüdliche Protest der Angehörigen der Studenten hat dazu geführt, dass der Fall weiterhin in der Öffentlichkeit präsent ist. Der Ruf der Angehörigen „Lebend habt ihr sie genommen, lebend wollen wir sie zurück“ verstummt bis heute nicht und hat in ganz Mexiko eine massive Protestwelle hervorgerufen. Der Generalstaatsanwaltschaft ist es nicht gelungen, durch die schnelle Verhaftung angeblicher Täter das Schicksal der Studenten vergessen zu machen. Für die Behauptungen der Behörden, die Studenten seien verbrannt worden, gibt es bis auf eine Ausnahme

nach Ansicht der Angehörigen und des Menschenrechtszentrums Tlachinollan keinerlei Beweise. Dies bestätigt auch die von der Inter-amerikanischen Menschenrechtskommission benannte unabhängige interdisziplinäre Expertengruppe (GEIE). Der Fall der verschwundenen Studenten von Ayotzinapa zeigt besonders deutlich das Versagen der mexikanischen Behörden, Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen.



In ihrem ersten Bericht von September 2015 stellten die Experten und Expertinnen die völlige Inkompetenz der mexikanischen Behörden fest. Sie zeigten auf, dass insbesondere der

Wille fehle, die Studenten zu finden und die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Ausschuss der Vereinten Nationen, der die Überwachung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen zur Aufgabe hat.

14 Monate nach dem Verschwinden der Studenten scheint sich ein gewisser Erfolg der Proteste abzuzeichnen. Nachdem die Eltern der

Verschwundenen am 26. November an einer Hauptverkehrsstraße in Mexiko-Stadt eine unbefristete Mahnwache angekündigt hatten, fanden Gespräche mit Regierungsvertretern statt. Die Generalstaatanwaltschaft scheint nun neue Ermittlungsansätze zu akzeptieren, die von den Vertretern der Interamerikanischen Menschenrechtskommission vorgeschlagen worden waren. Die Behörden gehen nun nicht mehr von der Verbrennung der Studenten auf einer Müllhalde aus und sind bereit, eine Sonderkommission einzusetzen. Mexiko reagiert damit offensichtlich auf den anhaltenden Protest im Fall der 43 verschwundenen Studenten. Ob sich dies auch auf die Ermittlungstätigkeit der Behörden in den Fällen der vielen tausend anderen Verschwundenen positiv auswirkt, kann bezweifelt werden.

Nach außen ist die mexikanische Regierung stets bemüht, Mexiko in einem positiven Licht erscheinen zu lassen. So hat Mexiko alle internationalen Abkommen zum Schutz der Menschenrechte unterzeichnet und ratifiziert – so auch das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwinden-

lassen. Doch angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen – dazu zählen Verschwindenlassen, extralegale Hinrichtungen und eine systematische und ausufernde Straflosigkeit – kann nur von einer tiefen Menschenrechtskrise, wachsender Unsicherheit und Gewalt in Mexiko gesprochen werden.

Zum Thema „Verschwindenlassen“ von Menschen in Mexiko ist unsere Gruppe in unterschiedlicher Weise aktiv geworden: Mitarbeit an dem [Factsheet „Verschwindenlassen in Mexiko“](#) hrsg. von der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko, in der Amnesty Mitglied ist; Unterstützung und Verbreitung der [Petition](#) zum Fall der verschwundenen Studenten im Rahmen der Amnesty-Stop-Folter-Kampagne auf Veranstaltungen; Mitwirkung an der internationalen Konferenz in Bad Boll vom 23. bis zum 25.10.2015 „Gewaltsames Verschwindenlassen / Verbrechen mit System - Die politische Krise in Mexiko“ und Formulierung der [Bad Boller Erklärung](#). Außerdem beteiligen sich Mitglieder unserer Gruppe am Aufbau der Internetplattform [„Gewaltsames Verschwindenlassen“](#).

MEXIKO

Deutsche Waffenexporte nach Mexiko

Amnesty setzt sich seit Jahren für eine bessere Kontrolle deutscher Rüstungsexporte ein. Durch den erbrachten Nachweis, dass Studenten in Mexiko durch Kugeln aus dem Sturmgewehr G36 der deutschen Waffenfirma Heckler & Koch ihr Leben verloren, rückte das Thema endlich in den Fokus der Öffentlichkeit.

Aufgrund einer Absprache zwischen Amnesty International und der ARD-Programmdirektion wurde Mitte September der Spielfilm "Meister des Todes" in zehn deutschen Städten als Preview gezeigt, bevor er am 23.09. im Abendprogramm des Ersten Deutschen Fernsehens ausgestrahlt wurde. Wir organisierten die Vorstellung im Hamburger Alabama Kino am 17.09.2015, an der neben dem Regisseur Daniel Harrich der Journalist Wolf-Dieter Vogel,

Dr. Mathias John (AI-Vorstandsmitglied), Jan van Aken (MdB Die Linke) und als Moderator Hauptpastor Christoph Störmer, Begründer der Initiative „Keine Waffenexporte über den Hamburger Hafen“, teilnahmen. Deutsche Waffen tauchen in vielen Krisengebieten der Welt auf; sie entgehen den angeblich restriktiven staatlichen Kontrollmechanismen. Der aufwühlende und gleichzeitig spannende Spielfilm "Meister des Todes" zeigt die fiktive Geschichte einer

deutschen Waffenfirma, die umfangreiche Exportgeschäfte mit fragwürdigen Kunden betreibt – bis an die Grenzen zur Illegalität, teils mit Rückendeckung staatlicher Stellen.



Diskussion im Alabama-Kino. V.l.n.r.: Mathias John, Christoph Störmer, Wolf-Dieter Vogel, Daniel Harrich und Jan Van Aken
Foto: Hauke Lorenz

Realer Hintergrund zu diesem Film sind die dubiosen Geschäfte der Waffenschmiede Heckler & Koch mit Mexiko. Der Export von Kriegswaffen wurde vom zuständigen Bundeswirtschaftsministerium weiterhin genehmigt, obwohl das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle längst Unregelmäßigkeiten gemeldet hatte. Bereits im April 2010 wurde gegen die Firma Strafanzeige wegen des Verdachts illegaler Waffenlieferungen erhoben, nachdem bekannt geworden war, dass der deutsche Waffenhersteller aus Oberndorf 4.767 Sturmgewehre G36 nach Mexiko geliefert haben soll. Nach mehr als 5 Jahre andauernden Ermittlungen erhob die Stuttgarter Staatsanwaltschaft am 5. November 2015 schließlich Anklage gegen sechs frühere Mitarbeiter des Unternehmens, darunter zwei ehemalige Geschäftsführer, wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontroll- und das Außenwirtschaftsgesetz.

Die von der CASA-Kogruppe organisierte Veranstaltung nutzten wir auch, um an einem Infostand über die Menschenrechtssituation in Mexiko zu informieren, insbesondere über die 43 Lehramtsstudenten von Ayotzinapa, deren Verschwinden sich am 26. September jährte.

Den Trailer zum Film „Meister des Todes“ finden Sie beim [SWR](#).

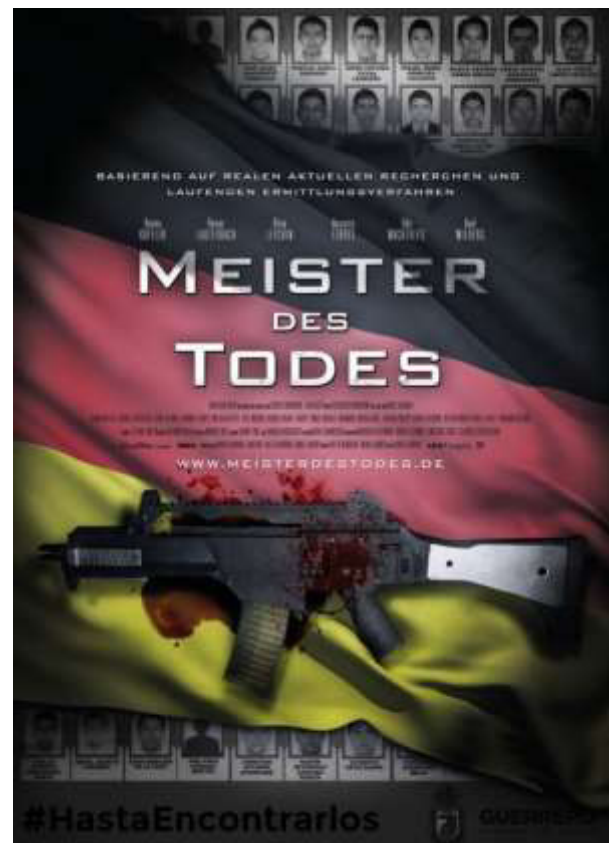


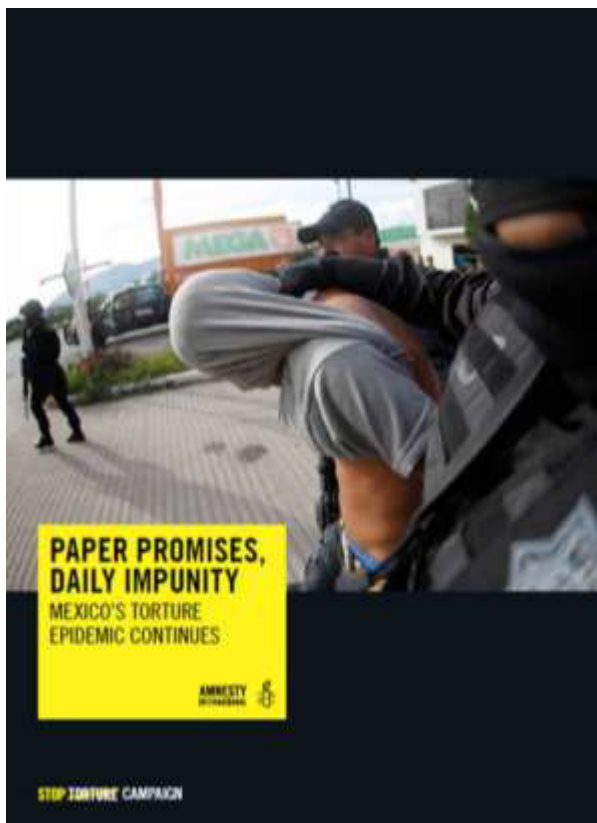
Foto: diwafilm

MEXIKO

Folter und Straflosigkeit in Mexiko: Versprechen nur auf dem Papier

Die seuchenartige Verbreitung von Folter in Mexiko besteht fort. Dies zeigt der aktuelle Amnesty-Bericht zum Thema Folter. Im Mai 2014 hatte Amnesty International eine globale Kampagne mit der Forderung gestartet, Folter und andere schwere Misshandlungen abzuschaffen. Mexiko wurde als eines von fünf Schwerpunktländern in dieser Kampagne ausgewählt.

Doch auch nach anderthalb Jahren bleibt das wichtigste Anliegen bestehen. Menschenrechtsverletzungen wie Folter und andere schwere Misshandlungen werden in Mexiko weiterhin häufig von staatlichen Stellen bei der Strafverfolgung und bei Sicherheitsaufgaben eingesetzt, um „Geständnisse“ zu erzwingen, Anschuldigungen zu fabrizieren und Bürgern Leid zuzufügen. Auch der UN-Sonderberichterstatter für Folter, Juan Mendes, hatte in einem im März dieses Jahres vorgelegten Bericht festgestellt, dass in Mexiko Folter und Misshandlung in der Haft allgemein üblich sind und in der Regel straffrei bleiben. Laut Mendes greifen sowohl diverse Polizeieinheiten als auch die Armee auf die Anwendung von Folter zurück.



Vor einem Jahr übersetzten wir den umfangreichen Bericht „Außer Kontrolle: Folter und andere Misshandlungen in Mexiko“ (72 Seiten) und hofften, damit unseren kleinen Beitrag zur Bekanntmachung dieses beklemmenden Problems zu leisten. Der Bericht enthielt neben der Dokumentation einer Fülle von Einzelfällen auch einen detaillierten Forderungskatalog an die staatlichen Stellen. Die mexikanische Regierung hatte sich daraufhin verpflichtet, Folter zu untersagen und zu bestrafen. Doch dieses Versprechen steht bisher nur auf dem Papier und muss noch in die Realität umgesetzt werden. Verantwortliche müssen strafrechtlich verfolgt und Opfer für die Misshandlungen vollständig entschädigt werden.

Die aktuell im Kongress diskutierte Gesetzesvorlage gegen Folter muss die Quelle der Straflosigkeit hinsichtlich dieser Praxis angehen. Ohne ein wirksames Konzept, entsprechende Überwachungsmechanismen und ohne eine tatsächliche Umsetzung neuer Normen wird sich die Menschenrechtslage in Mexiko nicht verbessern. Amnesty International fordert die mexikanische Regierung mit Nachdruck dazu auf, die dringend notwendigen Maßnahmen zur Abschaffung der Folter zu ergreifen und zu garantieren, dass Ärzte, Gerichtsmediziner sowie die Staatsanwaltschaft nicht die Augen vor diesem weit verbreiteten Phänomen verschließen.

Es scheint wie immer ein langer Weg zu sein. Mexiko verfügt über viele Gesetze, aber es mangelt offensichtlich an dem politischen Willen, diese auch Wirklichkeit werden zu lassen. Es bedarf eines grundsätzlichen Umdenkens, einer Schärfung des Bewusstseins und einer Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeiter

in den Polizeidienststellen und der Justiz, um dieses Übel endlich zu beseitigen. Amnesty International wird weiterhin auf einer Verwirklichung dieses Ziels beharren.

Wir von der CASA-Kogruppe sind damit beschäftigt, den aktuellen Bericht zur Anti-Folterkampagne ins Deutsche zu übersetzen. Wir werden ihn anschließend auf unserer Homepage veröffentlichen. In diesen Tagen wurde bekannt, dass zwei langjährig Inhaftierte, die

auch gefoltert worden waren, auf richterlichen Beschluss frei gelassen wurden. Für beide hatte sich Amnesty International wiederholt eingesetzt. Eine Rehabilitierung steht freilich noch aus. Derzeit läuft eine intensive Amnesty-Kampagne zur Befreiung von Yecenia Armenta Graciano, die seit drei Jahren im Bundesstaat Sinaloa im Gefängnis sitzt. Unter Folter stand sie einen Mord, den sie nicht begangen hat.

GUATEMALA

Goldminen in Guatemala: Fatale Folgen für Mensch und Natur

Workshop auf der Amnesty Jahresversammlung 2015 in Dresden

1998 waren im Hochland von Guatemala große Lagerstätten von Gold entdeckt worden. Mittlerweile bauen transnationale Unternehmen das begehrte Edelmetall in großen Mengen ab. Regierungsstellen schützen die Interessen der ausländischen Investoren. Doch die Förderung hat schlimme Auswirkungen sowohl für die örtliche Bevölkerung als auch für die Natur. Die Umwelt leidet, Lebensräume werden zerstört und Menschen vertrieben. In der Folge entstehen schwere soziale Unruhen und Protestbewegungen, die mit Militär- und Polizeigewalt unterdrückt werden. Im Rahmen der Länder- und Themenkommissionen informierten wir auf der Jahresversammlung über die aktuelle politische und menschenrechtliche Lage in Guatemala und beschäftigten uns mit den Protestbe-

wegungen gegen den Goldabbau. Hierzu zeigten wir Ausschnitte des Dokumentarfilms „Gold Fever“, der sich mit eben dieser Problematik kritisch auseinandersetzt.



Nähere Informationen zu dem Thema des Bergbaus in Guatemala enthält der Amnesty-Bericht [„Mining in Guatemala: Rights at Risk“](#) aus dem Jahr 2014. Der Trailer zu dem genannten Dokumentarfilm finden Sie [hier](#).

"Die Wahrheit lassen wir uns nicht nehmen"

Leseempfehlung zum Völkermord in Guatemala in den 1980iger Jahren

Der Völkermordprozess gegen Guatemalas Ex-Diktator Efraín Ríos Montt soll im Januar 2016 wiederholt werden. Die Opfer kämpfen für die historische Wahrheit: Die guatemaltekeische

Gesellschaft soll erfahren, wie die Armee versuchte, das Volk der Ixil-Maya auszulöschen. [Artikel von Knut Henkel](#), erschienen im Oktober 2015 im Amnesty Journal

HONDURAS

Honduranischer Präsident in Hamburg

Im diplomatischen Gespräch mit dem Präsidenten waren die Menschenrechte in Honduras erwartungsgemäß kein zentrales Thema, aber sie reichten zumindest für eine Randnotiz.

Ende Oktober 2015 reiste der honduranische Präsident Juan Orlando Hernández im Rahmen seines Deutschlandbesuchs unter anderem nach Hamburg, wo er von der Zweiten Bürgermeisterin Katharina Fegebank empfangen wurde. Vor dem einstündigen Gespräch traf sie sich mit drei Vertretern der Zivilgesellschaft, darunter ein Mitglied unserer CASA-Kogruppe. Die drei hatten sich im Vorfeld mit der Forderung an Frau Fegebank gewandt, in ihrem Termin mit dem Präsidenten Besorgnis über die

äußerst kritische Menschenrechtslage im Land auszudrücken. Thema des Vorgesprächs war u.a. das Staudammprojekt Agua Zarca und die damit zusammenhängenden Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen. Orlando Hernández hatte in Berlin u.a. Siemens besucht. Das Unternehmen ist gemeinsam mit Voith Hydro am Staudammprojekt Agua Zarca beteiligt.

HONDURAS

Die Menschenrechtslage in Honduras

Die Menschenrechtslage in Honduras ist laut aktuellem Jahresbericht von 2014/15 nach wie vor besorgniserregend.

Menschenrechtsverteidiger_innen, Journalistinnen, Frauen und Mädchen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LGBTI) sowie indigene Bevölkerungsgruppen, die Gemeinschaft von Afro-Honduranern (*Garífunas*) und Kleinbauern werden immer wieder Opfer von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Sie sind körperlicher Gewalt, Entführungen und Drangsalierungen ausgesetzt oder werden ermordet. Straflosigkeit gehört in dem zentralamerikanischen Land zur Normalität.

Sowohl die organisierte als auch die gewöhnliche Kriminalität haben ein extrem hohes Ausmaß erreicht. UN-Angaben zufolge weist Honduras weltweit die höchste Rate von Tötungsdelikten auf. Extreme Armut untergräbt die Verwirklichung der Menschenrechte für weite Teile der Gesellschaft: Mehr als 60 Prozent der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze, davon mehr als 40 Prozent in extremer Armut.

Als Reaktion auf die Kriminalität und die Unzulänglichkeit der Polizei werden einige Polizeiaufgaben von militärischen Gruppen und Sondereinheiten übernommen.

Angehörige indigener Völkergruppen und der afro-honduranischen Gemeinschaft der *Garífuna* werden diskriminiert und erleiden Ungleichbehandlung bezüglich Landrechten, Unterkunft, Wasser, Gesundheit und Bildung. Lange bestehende Landkonflikte zwischen bäuerlichen Gemeinschaften und mächtigen Grundbesitzern waren u.a. der Grund für das hohe Gewaltausmaß gegen Kleinbauern, z.B. in der Region Baja Aguán.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist weit verbreitet. Nach Angaben zivilgesellschaftlicher Gruppen gab es im Jahr 2013 insgesamt 636 Femizide, die höchste Zahl seit 2005. Auch Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle sind in Honduras Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt.

Journalisten werden immer wieder bedroht und drangsaliert, wenn sie über regierungskritische oder menschenrechtsrelevante Themen berichten.

Auf dem Weg der Migrant_innen in Richtung USA kommt es vor allem in Mexiko immer wieder zu Übergriffen und Misshandlungen. Der Honduraner Ángel Colón wurde 2009 in Mexiko festgenommen und von der Polizei und Militärangehörigen gefoltert, bis er eine Erklärung unterschrieb, in der ihm Beteiligung am

organisierten Verbrechen zur Last gelegt wurde. Obwohl er die Erklärung später zurückzog und dem Richter von den Misshandlungen berichtete, wurde diese als Beweis für eine strafrechtliche Verfolgung verwendet. Im Oktober 2014 war Ángel Colón nach massiven Interventionen von Amnesty International überraschend frei gelassen worden, kämpft seither aber noch um seine Rehabilitierung.

Weitere Aktivitäten der CASA-Kogruppe

Eilaktionen, Appellbriefe, Petitionen, Länder- und Themenberichte

Neben den in den Artikeln beschriebenen Aktivitäten besteht ein wichtiger Teil unserer Arbeit als Kogruppe darin, Informationen an einzelne Amnesty-Gruppen weiterzugeben. Ziel ist es, den Gruppen, die sich für verfolgte, misshandelte oder verschwunden gelassene Menschen „unserer“ Länder engagieren, Materialien an die Hand zu geben, mit denen sie arbeiten können.

Dazu zählen die vom Research-Team des Internationalen Sekretariats von Amnesty herausgegebenen Eilaktionen, Petitionen, Länder- und Themenberichte sowie Informationen zu Einzelfällen. Wenn Berichte nur in Englisch oder Spanisch vorliegen, werden sie von uns übersetzt, z.B. der Folterbericht zu Mexiko. Alle Informationen zur Region sind auf der [Homepage der CASA-Kogruppe](#) zugänglich. Eine Ausnahme bildet El Salvador; für dieses Land arbeitet eine eigene [Kogruppe](#), mit der wir im engen Austausch sind.

Zu den Eilaktionen verfassen wir regelmäßig englische Musterbriefe, die den Gruppen zur

Verfügung gestellt werden, um ihnen die Arbeit zu erleichtern. Sie werden auch auf unserer Website veröffentlicht, sodass jeder, der sich beteiligen möchte, eine einfache Möglichkeit hat, einen Appellbrief zu dem jeweiligen Fall zu versenden. Petitionen leiten wir ebenfalls an die Gruppen weiter. Die Petitionen werden vom Sekretariat der deutschen Sektion gesammelt an die Botschaften weitergeleitet, die die Unterschriften an die nationalen Stellen in ihren Ländern weiterleiten.

Die in diesem Jahr vollzogene Umstrukturierung im Internationalen Sekretariat und die Verlagerung der Teams für Mexiko und Zentralamerika nach Mexiko-Stadt hatten zunächst zu einer Verminderung der Research-Tätigkeit geführt. Inzwischen haben sich die neuen Abteilungen etabliert, und wir können wieder ein verstärktes Engagement für die Region beobachten. Da Mexiko im Rahmen der Amnesty-Strategie eines der Schwerpunktländer ist, wird zu diesem Land besonders intensiv geforscht.